

Redaktionskollektiv: Gewerkschaften

THESEN ZUR GEWERKSCHAFTSANALYSE

1. Wir halten es für falsch, das Gewerkschaftsproblem unter der Frage anzugehen, wie sich aus der Bestimmung der Funktion der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft die Notwendigkeit der politischen Partei ableiten lasse. Eine solche Herangehensweise ist durch das Legimitationsbedürfnis der studentischen Zirkel als „Parteiaufbauorganisationen“ von vornherein bestimmt und nicht durch die Probleme, die sich für klassenbewußte Arbeiter heute stellen müssen, wenn sie die Perspektiven ihrer Arbeit und ihres Verhältnisses zu den existierenden Gewerkschaften als einziger umfassender Organisation der Lohnarbeiter bestimmen wollen. Die Fragestellung führt gewöhnlich zu abstrakten und unhistorischen, d. h. dogmatischen Abhandlungen über **die** Gewerkschaften, **das** Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, **das** Verhältnis zwischen politischem und ökonomischem Kampf, kurz zum Versuch der Konstruktion einer **allgemeinen** Gewerkschaftstheorie, als ließe sich diese auf der gleichen Ebene wie die Theorie vom Kapital und seinen allgemeinen Bewegungsgesetzen herleiten. Die Gleichsetzung von Gewerkschaften, gewerkschaftlichem Bewußtsein der Arbeiter und ökonomischem Kampf auf der einen Seite, Partei, politischem Bewußtsein und politischem Kampf auf der anderen Seite, welche abstrakte Gewerkschaftstheorien kennzeichnet, sieht von den entscheidenden Momenten des **Konstitutionsprozesses** von Klassenbewußtsein und Klassenkampf ab, indem in ihr die Tatsache unterschlagen wird, daß das Proletariat erst und allein in der Verteidigung seiner Lebensinteressen gegen das Kapital sich zur historisch bewußt handelnden Klasse ausbildet. Aufgrund der Unterschlagung dieses Zusammenhangs können sich dann die studentischen Zirkel bzw. die Intelligenz die allerbedeutendste Rolle im Bewußtwerdungsprozeß des Proletariats zuschustern, wenn sie glauben, sie müßten das Klassenbewußtsein ins Proletariat hineinragen.

2. Wir gehen weiter davon aus, daß es keine einfach nebeneinanderherlaufende Analyse der politischen Ökonomie des Kapitals auf der einen, der Gewerkschaftsfrage auf der anderen Seite geben kann. Die Gewerkschaften sind die Organisationen des Gegensatzes der Lohnarbeit gegen das Kapital. Eine Betrachtungsweise der Gewerkschaften als Organisation losgelöst vom

materiellen Widerspruch, durch den sie selbst als Organisation historisch gesetzt sind und innerhalb dessen sie sich bewegen, ist eine bürgerliche, eine organisations-soziologische, schlimmstenfalls eine psychologisierende Betrachtungsweise, welche notwendigerweise zu falschen Einschätzungen kommen muß. In dieser Weise vorgehende Einschätzungen der Gewerkschaften sehen z. B. in der Bürokratisierung der Apparate das Haupthemmnis der Klassenkämpfe und erblicken in den von Individuen oder Gruppen angezettelten Demokratisierungsversuchen des Apparats oder in personellen Veränderungen eine Grundlage für den Fortschritt der Klassenkämpfe. Hierunter fällt auch der gegen den Gewerkschaftsapparat vorgebrachte Vorwurf des Arbeiterrrats, welcher gar nicht mehr reflektiert, welche historischen Bedingungen im Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit eine Verselbständigung der Organisationen von den Interessen ihrer Mitglieder überhaupt ermöglichen. Die taktischen Konzepte, welche auf solchen Einschätzungen beruhen, verarbeiten zwar vorliegende Erfahrungen über Verselbständigungen der Gewerkschaftsapparate, doch wird in ihnen gleichzeitig die Erklärung solcher Erfahrungen nicht mehr aus dem Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft vorgenommen. Veränderungen im Verhältnis zwischen der Gewerkschaft als Institution und als Organisation der Massen der Lohnarbeiter können auf diese Weise nicht mehr aus Veränderungen in der Entfaltung der realen Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie ihrer historischen Formen begriffen und abgeleitet werden. Sie können nur als organisatorische oder personelle begriffen werden.

3. Wir gehen weiter davon aus, daß eine Betrachtungsweise der Gewerkschaften per historischem Analogieschluß in der Art „die Gewerkschaften haben ja schon immer die Arbeiter verraten“ falsch ist. Denn in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nimmt der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital jeweils historisch unterschiedliche Formen an. Die Konstitution der Arbeiterklasse als einheitlicher gegenüber dem Kapital ist ein historischer Prozeß, der zum einen vom Entwicklungsstand des Kapitalverhältnisses, vom Stand der Konzentration auf nationaler und internationaler Ebene, von der mit diesem Prozeß verbundenen Durchsetzung gleicher menschlicher Durchschnittsarbeit bei der Organisation des Produktionsprozesses – aber auch des Zirkulationsprozesses – des Kapitals, zum anderen vom Stand der Entwicklung der Klassenkämpfe und der organisatorischen Zusammenfassung des Proletariats abhängt. Eine Betrachtung der Gewerkschaften ohne Berücksichtigung des Entwicklungsstandes, welchen das Kapitalverhältnis und die Klassenkämpfe erreicht haben, muß von vornherein fehlgehen.

4. Bei der Analyse der Gewerkschaften und deren Verhältnis zur Klassenkampf Bewegung kann also weder

- von der bloßen Form der Gewerkschaften (etwa als Berufsgewerkschaften oder als Einheitsgewerkschaften) noch

- von der organisatorischen Verselbständigung des Gewerkschaftsapparats gegenüber der Gewerkschaftsbasis noch
- von einem historisch verfestigten **Reformismus** im Gegensatz zur spontanen Arbeiterbewegung, noch
- von einem bloßen „Verrat“ der Interessen der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaftbürokratie, ausgegangen werden.

Gemeinsam ist diesen Auffassungen, daß die Gewerkschaften dementsprechend die Klassenkämpfe hemmen, sich in Gegensatz zu der Arbeiterbewegung stellen oder gar in den Staatsapparat integriert seien und als Agenten des Kapitals gegenüber den Lohnarbeitern handeln.

Politisch angestrebte Änderungen des Charakters der Gewerkschaften erscheinen dann auch fälschlicherweise:

- als Notwendigkeit der Zentralisierung der Gewerkschaften und der Herstellung einer Einheitsgewerkschaft dem Kapital gegenüber,
- als „Transformationen“ der Gewerkschaften in revolutionäre Organisationen der Arbeiterklasse,
- als Notwendigkeit, die verräterische Gewerkschaftsführung von der Basis zu isolieren oder den reformistischen Gewerkschaften die revolutionäre Partei entgegenzusetzen.

5. Demgegenüber muß aber die materialistische Auffassung in der Analyse aufzeigen, daß die Gewerkschaften an sich nur die organisatorische Form sind, in welcher der – der kapitalistischen Produktion immanente Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital – die **Form des Kampfes der Klasse der Lohnarbeiter gegen das Kapital** annimmt (und nur in ihnen diese Form annehmen kann). Es ist vielmehr der jeweilige historische Entwicklungsgrad der Konflikte im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und des Verhältnisses der Klassen zueinander, der die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes selbst werden läßt. Dieser jeweilig erreichte Entwicklungsgrad ist in letzter Instanz bestimmend, inwiefern die Gewerkschaften selbst zur organisatorischen Form des **Gegensatzes** der Lohnarbeit gegen das Kapital und damit zum Instrument des Klassenkampfes werden.

Es ist also nicht umgekehrt der jeweils verfestigte Apparat, die Gewerkschaftsbürokratie oder der reformistische Charakter der Gewerkschaftspolitik, die – wie in den o. a. Auffassungen – scheinbar den Grad der Klassenkämpfe und der Entwicklung des Klassenbewußtseins bestimmen, wenngleich auch die organisatorische Verselbständigung des Gewerkschaftsapparats und eine reformistische Politik zurückwirken auf die Bewegung der

Klasse. Die Gewerkschaften als die Organisatoren des Gegensatzes der Lohnarbeit gegen das Kapital sind schon von daher jeweils zu untersuchen im Zusammenhang der Analyse des konkreten historischen Entwicklungsstands, den das Proletariat als Klasse gegenüber dem Kapital erreicht hat. Wenn etwa die Gewerkschaften in Phasen der Prosperität scheinbar nicht den Klassenkampf organisieren, die widersprüchlichen Tendenzen im Akkumulationsprozeß über eine beschleunigte Akkumulationsbewegung abgemildert werden können und der Staat den Schein der Neutralität annimmt, dagegen in anderen Phasen der Entwicklung des Kapitals die Gewerkschaften wieder zu Instrumenten des Klassenkampfes werden können und so der kapitalistischen Produktionsweise immanente Gegensatz als offener Klassenkonflikt hervortritt, so ist die jeweilige Rolle der Gewerkschaften aus der jeweiligen konkreten (historischen) Stufe in der Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit, die sich als Akkumulation von Kapital darstellt, zu begreifen.

6. Diese **gegensätzliche Bestimmtheit** der Gewerkschaften im historischen Entwicklungsprozeß des Kapitals, nämlich einerseits als Organisation der Lohnarbeiter integriert zu sein in das Lohnsystem und andererseits die organisatorische Zusammenfassung des Gegensatzes der Lohnarbeit zum Kapital zu bilden, ist als **Möglichkeit** mit der kapitalistischen Produktionsweise selbst gegeben:

Die Integration der Gewerkschaften basiert auf dem Schein des „gerechten Lohns“, durch welchen die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital (also der Zwang zur Mehrarbeit für das Kapital) als **freies Assoziationsverhältnis** gleichrangiger Agenten der Produktion erscheint. Sie basiert zum andern auf den Fraktionierungen innerhalb der Lohnarbeiterklasse, welche durch die Bewegung des Kapitals zusammen mit den Lohndifferenzen hervorgerufen wird. Die Möglichkeit, daß die Gewerkschaften Organisatoren des Widerstands der Arbeiter gegen das kapitalistische System werden, ist mit dem von der kapitalistischen Produktion gesetzten **Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital** und der vom Kapital selbst erzeugten Vereinheitlichung der Arbeiterklasse auf dem Wege ihrer gemeinsamen Unterwerfung unter das Kapital gegeben.

Denn es ist im allgemeinen mit der kapitalistischen Form der Produktion gesetzt, daß im Maße, wie die Produktivkraft der Arbeit und die Arbeit als gesellschaftlicher entwickelt und in dieser Form Quelle des Reichtums wird, der Gegensatz zum Kapital sich herausbildet als Abhängigkeit, Erniedrigung und Deformation und wachsende Exploitation der Lohnarbeit auf der einen Seite, wie andererseits der Reichtum bei den Nichtarbeitern anwächst, die Ausbeutung verschleiert wird und das Kapital als einzige Quelle des Reichtums erscheint und zum Regulator der gesellschaftlichen Produktion sich herausbildet.

Schon der unmittelbare Produktionsprozeß wird wesentlich durch den immanenten Zweck der kapitalistischen Produktion bestimmt, nämlich der größtmöglichen Produktion von Mehrwert (Profit), der größtmöglichen An-

eignung der Mehrarbeit durch das Kapital, sei es durch die Ausdehnung des Arbeitstages, sei es mittels Intensifikation (Verdichtung) der Arbeit selbst, sei es mittels Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Dies schließt die Entwicklung eines Exploitationsverhältnisses ein, indem die bezahlte Arbeit zugunsten der unbezahlten Arbeit sich vermindert, d.h. der Lohnarbeiter immer weniger für sich und immer mehr für das Kapital arbeitet. Wenn die größtmögliche Produktion von Mehrwert für das Kapital wesentlicher Zweck ist, wird andererseits die Arbeit vom Kapital auch nur solange angewandt, als sie genügend Mehrarbeit zur Befriedigung der Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals liefert.

Zugleich ist diese Form der Ausbeutung den unmittelbaren Produzenten nicht unmittelbar einsichtig. Die Warenform des Produkts verschleiert die Wertbestimmung durch die verausgabte gesellschaftliche Arbeitszeit und indem – infolge der Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln – die Arbeitskraft selbst die Form einer Ware annehmen muß, um sich zu reproduzieren, wird die Quelle des Mehrwerts, die Mehrarbeit, im Preis der Ware Arbeitskraft, dem Arbeitslohn, verschleiert, so daß alle Arbeit als bezahlte erscheint und das Ausbeutungsverhältnis den Schein eines bloßen Assoziationsverhältnisses gleichrangiger Produktionsfaktoren annimmt.

In dem Maße aber, indem sich die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit entwickelt, die vergegenständlichte Arbeit sich als Kapital der Lohnarbeit gegenüber verselbständigt, wächst die Macht des Kapitals und damit die Abhängigkeit der Lohnarbeiter von der Bewegung des Kapitals, seiner – sich zyklisch entfaltenden – Akkumulationsbewegung, womit die Lage der Lohnarbeiter immer prekärer wird, wenngleich auch in prosperierenden Phasen der Kapitalakkumulation es den Lohnarbeitern möglich ist, sich einen Anteil an der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu verschaffen. Ist so einerseits die Verelendung (d.h. der mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit gesteigerte Exploitationsgrad und die wachsende Abhängigkeit der Lohnarbeit von ihrem eigenen Produkt, der vergegenständlichten Arbeit, die als Kapital fungiert) als Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gesetzt, so sind doch wesentliche **Gegenwirkungen** die ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeiter (Lohnkämpfe, Kämpfe um Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit) sowie die Zusammenfassung und Organisierung der Arbeiter in den Gewerkschaften. Denn die Entwicklung der kapitalistischen Produktion bringt gleichzeitig mit dem Wachstum des Kapitals und der Kapitalistenklasse eine wachsende, anfangs nur spontane, dann aber im Maße des Widerstands des Kapitals sich organisierende Arbeiterklasse hervor, die, zum Zwecke der Einschränkung der katastrophalen Folgen der Naturgesetze der kapitalistischen Produktion auf die Lage der Lohnarbeiter, zur Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern, zur Vereinigung und Organisierung in den Gewerkschaften und zu Abwehrreaktionen gegen die Aktionen des Kapitals gezwungen ist. In dieser Weise werden die Gewerkschaften zu Organisatoren des Gegensatzes der Lohnarbeit gegen das Kapital und als solche

umso wichtiger, je mehr sich die Konflikte im Reproduktions- und Wachstumsprozeß des Kapitals entwickeln und – als Folge dieses Prozesses – sich Staatseingriffe in die Bewegung der Lohnrate und die Akkumulationsbewegung des Kapitals herausbilden, während zugleich die Form des Arbeitslohns (als „Äquivalent“ für die geleistete Arbeit) und die auf der Oberfläche hervortretende Erscheinung des Ausbeutungsverhältnisses als bloßes Assoziationsverhältnis von Lohnarbeit und Kapital die aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß selbst hervorstachende illusionäre Grundlage für eine reformistische Gewerkschaftsbewegung und der politischen Machtlosigkeit der Arbeiterklasse (etwa in Phasen langer Prosperität) bilden. Der Reformismus und das bürgerliche Bewußtsein des Gewerkschaftsapparats hat also in den Erscheinungsformen des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst seine Basis. In der Übernahme bürgerlicher Wirtschaftstheorie durch die Gewerkschaften zeigt sich nichts anderes als die Tatsache, daß das Ausbeutungs-Verhältnis bei **den** Arbeiterfunktionären nicht mehr ins Bewußtsein tritt, welche nicht unmittelbar dem Kapitalverhältnis unterworfen sind, und denen die tägliche Erfahrung der Ausbeutung und der wirklichen Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit im Produktionsprozeß fehlt.

Auch die ökonomischen Kämpfer der Arbeiter, d.h. die Kämpfe um die Höhe des Arbeitslohns, um die Länge der Arbeitszeit, um bessere Arbeitsbedingungen sind zwar von dem Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen - sie sind zunächst nur Kämpfe **innerhalb** des Lohnsystems - sie stehen aber gleichzeitig immer im **Gegensatz** zum Kapital. Die Entfaltung und Verallgemeinerung dieser Kämpfe durch die Gewerkschaften bringen dann auch erst die doppelte Aufgabe der Gewerkschaften hervor: Nämlich neben ihrem „Kleinkrieg“ gegen das Kapital zugleich über die Zusammenfassung, Organisation und Schulung der Arbeiter eine „umfassende Bewegung ins Werk zu setzen, zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse“ (MEW 16, S. 152), da die „Vereinigung der Einzelkräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch die ökonomischen Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat.“ (MEW 17, S. 422)

Es ist aber weitergehend bei einer historischen Untersuchung der Gewerkschaften noch zu fragen, inwieweit die historische Entwicklung der Klassenkampforganisation der Arbeiter den Klassenkämpfen entgegensteht oder wie umgekehrt das historisch verfestigte Selbstverständnis der Gewerkschaften nicht auch durch die **reale Bewegung** des Kapitals und – darin einbezogen – die spontanen Kämpfe der Arbeiter überwunden werden kann und die Gewerkschaften so wieder zu Klassenkampforganisationen des Proletariats werden.

Die bisherigen Ausführungen sollten deutlich machen, daß eine Betrachtungsweise der Gewerkschaften **als Organisation**, losgelöst von der Entwicklung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital, nur zu einer verkürzten Analyse führen kann. Das heißt: Die Gewerkschaftsanalyse kann nicht losgelöst

von der Analyse der Tendenzen und konkreten Formen der Kapitalakkumulation, der Lage der Arbeiterklasse und der Bedingungen und Möglichkeiten zur Entwicklung von Klassenbewußtsein erfolgen. Das heißt weiter, daß die Untersuchung der jeweiligen historischen Ausprägung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital weiter vorangetrieben werden muß. Dazu sollen im folgenden einige Problemstellungen und Fragen formuliert werden ¹⁾.

7. In seinem maßlosen Verwertungstrieb kümmert sich das Kapital keinen Deut um den möglichen frühzeitigen Verschleiß der Ware Arbeitskraft, solange genügend Nachschub in Form einer industriellen Reservearmee oder durch Einbeziehung neuer Schichten (Ausländer, Frauen) gegeben ist. Innerhalb des Produktionsprozesses ist es ebenso die Tendenz des Kapitals, seine spezifische Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals in Richtung auf eine „Ökonomie“ in den Lebensbedingungen des Arbeiters auszudehnen ²⁾. Gegen diese Tendenz des Kapitals versucht sich die Arbeiterklasse zu wehren, indem sie einen Kampf um generelle gesetzliche Regelungen – Beschränkung des Arbeitstages, Unfallschutz und -versicherung etc. – führt, womit bestimmte Bedingungen der „normalen“ Ausbeutung der Arbeitskraft gesetzt werden (dies ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Senkung des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft). Darüberhinaus muß die Reproduktion für den Teil des Lebens gesichert werden, in dem der Arbeiter aufgrund seines Alters oder seiner Arbeitsunfähigkeit nicht mehr von Inter-

¹⁾ Dieser Fragenkatalog erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er dient vor allem der Orientierung der weiteren Arbeit.

²⁾ Dies wird von Marx treffend charakterisiert: „Da der Arbeiter den größten Teil seines Lebens im Produktionsprozeß zubringt, so sind die Bedingungen des Produktionsprozesses zum großen Teil Bedingungen seines aktiven Lebensprozesses, seine Lebensbedingungen, und die Ökonomie in diesen Lebensbedingungen ist eine Methode, die Profitrate zu erhöhen; ganz wie wir früher schon sahen, daß die Überarbeitung, die Verwandlung des Arbeiters in ein Arbeitsvieh, eine Methode ist, die Selbstverwertung des Kapitals . . . zu beschleunigen. Diese Ökonomie erstreckt sich auf Überfüllung enger, ungesunder Räume mit Arbeitern, was auf kapitalistisch Ersparung an Baulichkeiten heißt; Zusammendrängung gefährlicher Maschinerie in denselben Räumen und Versäumnis von Schutzmitteln gegen die Gefahr; Unterlassung von Vorsichtsmaßregeln in Produktionsprozessen, die ihrer Natur nach gesundheitswidrig oder wie in Bergwerken mit Gefahr verbunden sind usw. Gar nicht zu sprechen von der Abwesenheit aller Anstalten, um dem Arbeiter den Produktionsprozeß zu vermenschlichen, angenehm oder nur erträglich zu machen. Es würde dies vom kapitalistischen Standpunkt eine ganz zweck- und sinnlose Verschwendung sein. Die kapitalistische Produktion ist überhaupt, bei aller Knauserei, durchaus verschwenderisch mit dem Menschenmaterial, ganz wie sie andererseits, dank der Methode der Verteilung ihrer Produkte durch den Handel und die Manier ihrer Konkurrenz, sehr verschwenderisch mit den materiellen Mitteln umgeht und auf der einen Seite für die Gesellschaft verliert, was sie auf der anderen für den einzelnen Kapitalisten gewinnt.“ Marx-Engels-Werke Bd. 25, S. 96 f.

Schriften des Sozialistischen Büros: Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro: Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD, DM 2,00 – Am Beispiel Angela Davis, DM 2,50 – Türkei-Report, DM 2,50 – Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, DM 3,30 – Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik, dargestellt am Beispiel des Hamburger "Jour Fix", DM 5,10 – Lehrlingskampf in den Betrieben, DM 3,00 – Materialien zur Unterrichtspraxis: Unterrichtseinheit: Verhaltenssteuerung - Abweichendes Verhalten, DM 5,00 – Unterrichtseinheit: Arbeit, DM 5,00 – Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, DM 4,00 – Kapitalistischer Reproduktionsprozeß und Klassenbewußtsein, DM 3,00

Periodika: "links" – Sozialistische Zeitung, Jahresabonnement DM 17,40 – Sozialistische Betriebskorrespondenz, Jahresabonnement DM 6,00 – Informationsdienst für sozialistische Lehrer, Jahresabonnement DM 10,00 – Bestellungen, Probeexemplare sowie umfassende Bücher- & Papierliste: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 06 11 - 83 25 93.

esse für das Kapital ist (Rentenversicherung, Invalidenversicherung etc.). Diese Kämpfe für generelle gesetzliche Regelungen sind – wie an anderer Stelle bereits entwickelt ³⁾ – gleichzeitig, z.T. in Verbindung mit einem prophylaktischen Eingreifen des Staates, eine der Grundlagen für reformistische Staatsvorstellungen. Da sich die allgemeine Tendenz des Kapitals jedoch in zahlreichen Verstößen gegen die genannten Normierungen der Ausbeutung äußert, ist zu fragen, ob diese Verstöße (verstärkt in der Krise) reformistische Vorstellungen aufbrechen, und in welcher Form die gewerkschaftliche Organisation betriebliche Abwehrkämpfe zu führen fähig ist, wie dieser Kampf in Verbindung steht mit den überbetrieblich geführten Lohnkämpfen.

Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit beinhaltet ständige Umwälzungen in der Organisation des Produktionsprozesses selbst. Dieser Prozeß

³⁾ In dem Aufsatz von Müller-Neusüß: Die Sozialsattsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik 6/7 bzw. Sonderheft 1 der Probleme des Klassenkampfes.

erzeugt eine bestimmte Schichtung innerhalb der Arbeiterschaft bzw. des betrieblichen Gesamtarbeiters (Facharbeiter, angelernte und ungelernete Arbeiter) sowie bestimmte Formen der Leitung des Produktionsprozesses. Hierbei stellt sich die Frage, wie sich mit der Entwicklung der organischen Zusammensetzung die Organisation des Ausbeutungsprozesses von seiten des Kapitals verändert, d. h. wie und ob davon der Einsatz bestimmter Lohnformen, Arbeitsplatzbewertungs- oder Prämienlohnsysteme abhängt oder ermöglicht wird. Weiter ist zu fragen, wie die Struktur des betrieblichen Gesamtarbeiters und bestimmte Entlohnungsformen zu Lohndifferenzierungen (oder deren Nivellierung) und unterschiedlichen Arbeitsbedingungen führen, womit eine Grundlage für die Spaltung der Interessen der Arbeitergruppen gegeben ist⁴⁾. Darüberhinaus sind die verschiedenen Schichten unterschiedlich von Freisetzung, vorübergehender oder auch struktureller Arbeitslosigkeit bedroht. Von aktueller Bedeutung ist innerhalb des angesprochenen Zusammenhangs vor allem die Frage, inwiefern breitere Angestelltenschichten zunehmend (durch den Einsatz von Datenverarbeitung, Bürotechnik) dem Prozeß der beschleunigten reellen Subsumtion unterworfen werden, womit gleichzeitig mit dem Verlust von bisherigen Privilegien (d.h. auch dem Einsatz neuer Lohnfindungsverfahren) eine objektive Annäherung an die Situation des Arbeiters gegeben ist. Die genannten Problemkreise wären nun alle daraufhin zu untersuchen, inwiefern die verschiedenen materiellen Bedingungen für einzelne Lohnarbeiterschichten die Spaltung oder Vereinheitlichung der Arbeiterschaft begünstigen und wie sich vorhandene Gegensätze in der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik (vor allem der Tarifpolitik) ausdrücken.

In diesem Zusammenhang muß ein weiterer in die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in kapitalistischer Form eingeschlossener Prozeß betrachtet werden: die mit der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Beschleunigung der technologischen Umwälzung zunehmende Freisetzung und Entwertung des Arbeitsvermögens. Die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Strategien – Sozialpläne bei Stilllegungen, Rationalisierungsschutzabkommen – zur Abwehr der Auswirkungen auf die Lebenssituation des einzelnen Arbeiters sind völlig unzureichend und bloße Palliativmittel. Angesichts zunehmender Protestaktionen gegen Stilllegung einzelner Werke muß gefragt werden, welche Möglichkeiten ein gewerkschaftlicher Abwehrkampf auf diesem Gebiet überhaupt haben kann, bzw., welche Wirkung auf die Bewußtwerdung der Arbeiterschaft eine Beschleuni-

⁴⁾ Die Bedeutung dieser Lohndifferenzen wird von den Kapitalisten selbst deutlich gesehen; so beklagen sie z. B. in der Weltwirtschaftskrise die Verminderung der Differenzen, weil mit der Verschlechterung der Lage der qualifizierten Arbeiter im Verhältnis zu den weniger qualifizierten eben die Grundlage für eine Spaltung der Interessen wegfällt. Daraus ist aber nicht abzuleiten, daß die Differenzierung vom Kapital (in der Regel) bewußt zur Spaltung der Arbeiterschaft eingesetzt wird.

⁵⁾ Zu den Grenzen der ‚gesamtwirtschaftlichen Regulierung‘, auf die die Gewerkschaftsführungen ihre Hoffnungen setzen, vgl. den Aufsatz von Hoffmann/Semmler.

gung dieses Prozesses bei sich verschärfender Konkurrenz haben wird. Im Zusammenhang mit dem Prozeß der Entwertung von Qualifikationen durch „Strukturwandel“ wird der Prozeß der Dequalifizierung und Entwertung der Arbeitskraft vom Kapital insoweit organisiert, als mit der Einführung entsprechender Lohnfindungssysteme (z. B. analytische Arbeitsplatzbewertung) die **berufliche** Qualifizierung der Arbeitskraft im Verhältnis zur ausgeübten Tätigkeit bei der Bestimmung des Lohns an Bedeutung verliert. Dieser Prozeß ist von gewerkschaftlicher Seite bisher ohne große Gegenwehr geblieben und es muß deshalb gefragt werden, welche Bedeutung und welche Perspektive betriebliche Kämpfe um die Arbeitsorganisation haben können (auch innerhalb einer längerfristigen Strategie).

8. Die Kampfstärke der Gewerkschaften in bezug auf den Lohnkampf ist zunächst objektiv durch die Kapitalbewegung selbst determiniert. D. h. unter Bedingungen flotter Akkumulation und großer Nachfrage nach Arbeitskraft können die Gewerkschaften insofern sich zum Kampfinstrument entwickeln, als sie die gegebene Vergrößerung des Spielraums für Erhöhungen des Durchschnittsarbeitslohns unter Ausnutzung der Kampfkraft der Arbeiterschaft voll auszunutzen versuchen. Aufgrund der Schwäche der Arbeiterschaft durch die Herausbildung einer industriellen Reservearmee, der Spaltung in Beschäftigte, Unbeschäftigte (worin „Zwischenformen“ wie Kurzarbeit etc. eingeschlossen), verstärkt sich in der Krise der Druck des Kapitals auf die Gewerkschaften. Hier ist die Grundlage für eine Politik der Gewerkschaften im Sinne der Systemerhaltung insofern gegeben, als mit der weitgehenden Unterwerfung unter die Gesetze des Kapitals, d.h. der Wiederherstellung des notwendigen Verwertungsgrads, erst die Bedingungen der weiteren Akkumulation und damit der „Sicherung der Arbeitsplätze“ geschaffen werden.⁶⁾ In der Krise können so die Gewerkschaften nur insofern gegen die Gesetze der Kapitalakkumulation auftreten, als die Kampfbereitschaft der Arbeiter selbst sich gegen diese Gesetze richtet. Dieser Kampf setzt einen hohen Entwicklungsgrad der spontanen Klassenkämpfe und des Bewußtseins der Arbeiterschaft voraus, da mit dem Kampf um die Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen in der Krise, d. h. tendentiell der Aufnahme und Vorbereitung des Kampfes gegen das Gesamtsystem durchaus eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, oder einzelner Schich-

⁶⁾ Zu dieser Verselbständigung neigen die Apparate einmal aufgrund der Tatsache, daß sie mit dem Kapital verhandeln und als Verhandlungspartner akzeptiert werden müssen, zum andern, weil sie anders als die betrieblichen gewerkschaftlichen Kader die Wirkungen des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital nicht mehr am eigenen Leibe erfahren. Zu welchem Bewußtsein dies bei manchem Gewerkschaftsfunktionär führt, zeigt anschaulich folgende Notiz im Gewerkschaftsspiegel 1/1972, S. 41: „1972 steht die BRD auf dem gesellschaftspolitischen Prüfstand. Es wird sich erweisen, ob der Rückfall der Arbeitgeberfunktionäre in die Klassenkampffideologie früherer Jahrzehnte (!) nur auf den Metallkonflikt beschränkt bleibt oder Teil eines langfristigen Konzepts zur Verhinderung des sozialen Fortschritts ist, erklärte der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Bayern, Rothe, zum Jahreswechsel . . .“ (Hervorhebungen d. Verf.)

ten, vorübergehende Niederlagen verbunden sein können. Bei dem augenblicklichen Stand der Klassenkämpfe in der BRD kann die Verfolgung dieser Fragen allerdings nur die Basis unfruchtbarer Spekulationen bilden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist vielmehr zu fragen, welche Grundlagen für eine Instrumentalisierung der Gewerkschaften zum Kampf- oder Disziplinierungsinstrument mit dem Entwicklungsgrad der spontanen Klassenkämpfe und der vorhandenen Verselbständigungstendenzen der gewerkschaftlichen Apparate gegeben sind. Weiter: Wie selbst die ‚systemimmanenten‘ Kämpfe den Konstitutionsprozeß von Klassenbewußtsein weiter vorantreiben und wie sich mit der Übernahme disziplinierender Funktionen durch die Gewerkschaftsapparate die innerorganisatorischen Widersprüche verstärken.

9. Die ungleichmäßige Entwicklung sowohl zwischen nationalen Kapitalen als auch auf internationaler Ebene kann sich in einer Verringerung oder Erweiterung des Spielraums des gewerkschaftlichen Kampfes ausdrücken. Damit ist einerseits die Grundlage für zusätzliche Steigerungen des Arbeitslohns in einzelnen Branchen, andererseits aber ein Anknüpfungspunkt für eine integrationistische Politik der Gewerkschaften, bzw. einzelner Gewerkschaften gegeben. Insofern als sie, um die Erhaltung von Arbeitsplätzen zu sichern und die Voraussetzungen für Lohnsteigerungen zu schaffen, die ‚Lösung‘ von ‚Strukturkrisen‘ mit Hilfe des Staates anstreben. Sowohl in den überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen in prosperierenden Produktionszweigen als auch in der gewerkschaftlichen Politik gegenüber stagnierenden Branchen sind somit Anknüpfungspunkte für eine rein systemimmanente Politik gegeben (vgl. dazu z. B. Chemie und Bergbau). Ein ähnliches Problem stellt sich für die Gewerkschaft innerhalb eines einzelnen Produktionszweiges, da auch hier die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit ungleichmäßig voranschreitet (eine Grundlage dafür ist die Zentralisierung des Kapitals, das Verhältnis von Groß- und Kleinunternehmen). Hier kann der Versuch zur Absicherung übertariflicher Verdienste durch eine betriebsnahe Tarifpolitik zur Zersplitterung der Kämpfe der Arbeiter und zur Herausbildung gegensätzlicher Interessen führen. In diesem Zusammenhang muß allerdings die weitergehende Frage aufgeworfen werden, ob die gewerkschaftliche Tarifpolitik überhaupt wichtige Fronten der betrieblichen Auseinandersetzung zusammenfassen kann, d. h. ob nicht bedeutende innerbetriebliche Konflikte auf Basis der augenblicklichen Tarifstrategie gar nicht mehr erfaßt werden.

10. Bevor hier auf die eigentlichen staatlichen Machtmittel, z. B. die Funktion und Tendenz des Arbeitsrechts und der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung, Polizei und Bundesgrenzschutz usw. eingegangen wird, muß analysiert werden, welche Möglichkeiten des Ausweichens für das Kapital durch internationale Konzentration und internationale Beweglichkeit des Kapitals, d. h. die Verlagerung von Produktionsstätten, gegeben sind. Daneben ist die Möglichkeit der ‚Externalisierung‘ von Konflikten durch eine inflationäre Politik angesichts von Lohnkämpfen (oder staatlicher Ausdehnung der ‚Gesamtnachfrage‘) zu berücksichtigen. Diese ‚Lösung‘ bringt das

Kapital allerdings selbst wieder in Widersprüche, verursacht durch die internationale Konkurrenz und ausgedrückt in Krisen des Währungssystems.

11. Erst eine Analyse, die versucht, die bisher entwickelten Fragestellungen in Rechnung zu stellen und so weit wie möglich einzubeziehen, vermag einen Beitrag zur Orientierung der Politik der fortgeschrittensten Gruppen der Arbeiter und zur Fundierung der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu leisten. Denn erst unter diesen Voraussetzungen kann die Funktion des Apparats und die gegenwärtige Politik der Gewerkschaften zureichend eingeschätzt werden. Erst die Kenntnis der Entwicklungstendenzen des Kapitals, der Lage der Arbeiterklasse und des in den Kämpfen aufscheinenden Klassenbewußtseins eröffnet die Möglichkeit, ansetzend an den faktischen Ausgangspunkten der existierenden Bewegung diese weiterzutreiben. Damit kann auch der Entwicklung von Etappenforderungen und der Eroberung von betrieblichen Positionen und Funktionen an der Basis der Gewerkschaften ihr strategischer Platz zugewiesen werden.

12. Wir wollen im folgenden am Beispiel der Metall-Tarifrunde 1972 und den Streiks in Baden-Württemberg exemplarisch zeigen, welche Folgerungen sich auf der Grundlage der Analyse des Arbeitslohns im Akkumulationsprozeß des Kapitals, wie sie im Aufsatz von W. Semmler und J. Hoffmann und in den vorausgegangenen Thesen vorgenommen wurde, für die Einschätzung dieses Tarifkampfes ergeben. Dabei kann es sich keineswegs um eine umfassende Einschätzung der Metalltarifrunde handeln, sondern nur um die Illustration der Konsequenzen, welche sich aus unserer Forderung, die Gewerkschaften nicht losgelöst vom Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital zu betrachten, für einen beschränkten Aspekt – Höhe der Lohnforderungen – ergeben.

Es sind zwei Bedingungen, die bei der Bestimmung der jeweils aktuellen Lohnhöhe mitwirken: die Verwertungsbedingungen des Kapitals und die Macht der Kapitalisten- und Arbeiterklasse, die selbst wieder im Wirtschaftszyklus schwankt, die aber bei der Arbeiterklasse auch entscheidend von der Organisation und der Klassenkampf Erfahrung abhängig ist. In der jeweiligen Vereinseitigung einer der genannten Bedingungen zu **dem** Bestimmungsfaktor des Lohns liegt die Basis für falsche und desorientierende Lohntheorien, die bei jeder Tarifkampagne eine große Rolle spielen. In der Annahme von der **politischen** Bestimmtheit des Lohns ist immer auch die Schlußfolgerung angelegt, der Lohn sei politisch regulierbar und es käme wesentlich auf die Macht der Organisationen der Arbeiterklasse – Gewerkschaften und Partei – an, wie günstig ein Ergebnis ausfalle. Ganz anderen Charakter hat die Betonung der **gesamtwirtschaftlichen Bindung** der Lohnentwicklung. Hier wird die ökonomische Situation vereinseitigt und der Lohn nur noch als eine ‚makroökonomische‘ Kategorie wie die Investitionssumme, der Export-Import Saldo oder der Staatsverbrauch betrachtet. Da ‚gesamtwirtschaftliche Situation‘ immer ein euphemistisches Synonym für ‚Verwertungsbedingungen des Kapitals‘ ist, bedeutet die Orientierung der Lohn-

politik auf die gesamtwirtschaftliche Situation immer auch implizit die Anerkennung der Rationalität des Kapitals als Richtgröße für die Lohnpolitik.

Lohnerhöhungen werden in jeder konjunkturellen Phase vom Kapital bekämpft, jeweils mit unterschiedlichen Argumenten: im beginnenden Aufschwung hemmen sie die Investitionsneigung, im Boom treiben sie die Preise, in der abklingenden Hochkonjunktur verbreiten sie ‚Unsicherheit‘ und gefährden die Arbeitsplätze, in der Krise verschärfen sie die rezessiven Tendenzen. Mit anderen Worten: dem Kapital ist niemals eine Lohnerhöhung recht. Diese ‚gesamtwirtschaftlichen‘ Argumente werden immer den gewerkschaftlichen Lohnforderungen entgegengehalten und als ‚Vernunft‘ ausgegeben, der sich **alle** unterzuordnen haben, im ‚Interesse des Ganzen‘.

13. Üben die Arbeiter ‚gesamtwirtschaftliche Vernunft‘, so würde dies nichts anderes bedeuten, als daß sie sich widerstandslos den Profitinteressen des Kapitals unterwerfen. Die Behauptung, die Arbeiter könnten auf diese Weise selbst daran mitwirken, Krisen zu verhindern und ihr Interesse an sicheren Arbeitsplätzen zu verfolgen, ist falsch und angesichts der historischen Erfahrung eine Lüge. Werden ‚gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte‘, die ja nichts als die Berücksichtigung der Interessen der Kapitalistenklasse sind, in die Strategie des Lohnkampfes einbezogen, wie explizit in einem IGM-Vorstandspapier vom 24. 9. 1971 „Zur Metall-Tariffbewegung“, worin es heißt, daß die „Forderungen der IG Metall in der Tariffbewegung 1971 . . . von einer realen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage“ ausgehen, die dann noch als gut charakterisiert wird, um die Lohnerhöhungen ‚objektiv‘ zu begründen, dann wird die Arbeiterklasse immer das Nachsehen haben. Dann werden solche gesamtwirtschaftlichen Argumente ernst genommen, dann kommt die Arbeiterklasse als Ganze noch nicht einmal auf ihre Kosten zur Erhaltung des Lebensniveaus unter den jeweiligen historischen Bedingung. Würde nicht um Lohnerhöhungen auch ohne Rücksicht auf ‚gesamtwirtschaftliche Vernunft‘ gekämpft, so würde der Reallohn langfristig sinken. Dies klarzumachen ist eine wesentliche Aufgabe der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe und bestimmendes Moment für die Herausbildung von Klassenbewußtsein, für die Destruktion von Bewußtseinsformen gesamtwirtschaftlicher Verantwortung, und damit für die Entwicklung des Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Unterwerfung unter die Gesetze der kapitalistischen Produktion.

14. Argumente, nach denen Lohnerhöhungen in der sich abschwächenden Konjunktur für Kaufkraft sorgen und daher die Krise verhindern helfen (Unterkonsumtionstheorie), sind demnach nicht nur illusionär, sie sind auch politisch falsch und irreführend, weil sie die Ausbildung des Bewußtseins vom antagonistischen Widerspruch zwischen den Interessen des Kapitals und den Interessen der Lohnarbeiterklasse behindern. Falsch sind solche Argumente, weil sie die Löhne nur als Nachfragefaktoren begreifen und ihr Charakter als Preis der Ware Arbeitskraft dabei unterschlagen wird. Der qualitative Unterschied zwischen Löhnen auf der einen Seite, Investitionen,

Staatsverbrauch etc. auf der anderen Seite wird unsichtbar, wenn die Löhne als bloße Nachfragefaktoren begriffen werden. Gefährlich sind solche Argumente deshalb, weil sie zum einen die falschen Bewußtseinsformen bezüglich des Lohns verstärken und zweitens auf der taktischen Ebene implizieren, daß unter anders gearteten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen auch Lohnfixierungen oder gar Lohnsenkungen, weil ‚gesamtwirtschaftlich sinnvoll‘ von den Gewerkschaften hingenommen werden müssen. Die Hilflosigkeit der gewerkschaftlichen Argumentation in den Tarifrunden der letzten Jahre rührt zum Teil gerade daher, daß die Gewerkschaften auf den Leim der bürgerlichen Ökonomie gekrochen sind. Sobald die Löhne als Nachfragefaktoren behandelt werden, kann jeder hergelaufene Ökonom den Gewerkschaften eine Belehrung über das gesamtwirtschaftlich ‚vertretbare‘ Maß der Erhöhung zuteil werden lassen. Und wenn diese hergelaufenen Ökonomen sich als „Sachverständigenrat“ sammeln, dann hat man eine Autorität beisammen, der man auch mit einem eigenen wirtschaftswissenschaftlichen Institut nicht beikommen kann. Lohnkampf wird dann zu einem Kampf der Gutachter.

15. Dieses theoretisch falsche und politisch fatale Verständnis der Lohnkategorie und des kapitalistischen Akkumulationsprozesses einschließlich der Krise zeigt sich ganz besonders deutlich im Verlauf des Metallarbeiterstreiks und der folgenden Aussperrung in Nordbaden und Nordwürttemberg. Schon in der ersten Phase der Tarifrunde im Juli und August 1971 wurde durch verschärfte ideologische Angriffe, Kürzung von Sozialleistungen, verschärfte Rationalisierungen, Kurzarbeit und erste Entlassungen in einzelnen Betrieben frühzeitig Druck von seiten des Kapitals auf die Arbeiter ausgeübt.

In dieser Phase war die Vorbereitung der MTV durch die Gewerkschaften noch nicht einmal angelaufen. Nur in relativ wenigen Betrieben, die entweder über eine große, geschlossene Belegschaft verfügten bzw. in den letzten Arbeitskämpfen die Bedeutung der Metalltarifverhandlungen klar erkannten, wurden frühzeitig die zu stellenden Forderungen diskutiert und in Resolutionen an die IGM festgehalten. Sie hoben zentrale Lohnforderungen um 15 Prozent und regionale Verhandlungen als wichtigste Momente hervor. Die IGM beschränkte sich unter Anerkennung der Stabilitätsziele der Bundesregierung auf ein statistisches Zahlen-Hickhack mit den Unternehmern und stützte sich in ihrer Propaganda auf zwei falsche Argumentationsstränge, die entsprechend eine falsche Taktik bedingten: **Sie sah weder auf internationaler noch nationaler Ebene die wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, sondern nur eine Stabilisierung.** Dieses Herabspielen der Krise verunsicherte die Kollegen, da ihnen eine einsichtige, fundierte Einschätzung der Konjunktur nicht vermittelt wurde und die Stabilisierungsthese ihren konkreten Erfahrungen im Betrieb widersprach: So mußten im Bereich der IGM im September 1971 bereits ca. 30 000 Arbeiter kurzarbeiten, die Arbeitslosigkeit im Bereich der Metallberufe, Elektriker und Montierer war um 124,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Daher konnte die

IGM auch die Tragweite der ökonomischen Veränderungen nicht ermessen, die Berechnung von Lohnprozenten geriet zu taktischen, vom Gesamtprozeß der Krise abstrahierenden Zahlenspielen und wurde zudem mit der irreführenden **Unterkonsumtionstheorie** begründet, nach der Lohnerhöhungen die Massenkaufrkraft stärken und so für eine ausreichende Nachfrage für stabiles Wachstum sorgen.

Das Problem betriebsnaher Tarifpolitik wurde überhaupt nicht aufgegriffen – im Gegenteil, bei formaler Unabhängigkeit der regionalen Tarifkommissionen wurden alle entscheidenden Beschlüsse in zentralen Klausurtagungen unter Ausschluß der Basisorgane getroffen. In dieser Form wurden auch gleich zu Beginn der Tarifverhandlungen die betrieblichen Forderungen – die oft als Minimalforderungen gestellt worden waren – auf 9 bis 11 Prozent reduziert, und damit vor Beginn jeder breiteren Aktivität die Weichen für einen Abschluß um 7 bis 8 Prozent gestellt.

Hier haben wir aber erst die eine Seite der falschen Einschätzung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen. Die andere Seite betrifft die im Verlauf der Verhandlungen ins Zentrum gerückte Frage der Laufzeit der Tarifverträge. Als die IGM den ersten Schlichtungsvorschlag – 7,5 Prozent bei siebenmonatiger Laufzeit – akzeptierte, ging sie von zwei Überlegungen aus: erstens wollte sie mit einer einmalig kurzen Laufzeit aus der Vorweihnachtszeit heraus, da diese Zeit für die Führung von Streiks ausgesprochen ungünstig ist. Zweitens aber ging sie in ihrer Argumentation davon aus, daß nach sieben Monaten **erneut** eine Tarifierhöhung durchgesetzt werden könne, so daß auf das ganze Jahr umgerechnet eine höhere als 7,5 prozentige Tariflohnerhöhung herausspringen würde. Allerdings sind dabei zwei Faktoren zu bedenken: Erstens die Tatsache, daß sich die ‚Arbeitgeber‘ gar nicht darauf eingelassen haben und bei ihrem provozierenden Angebot von 4,5 Prozent blieben. Zweitens die in der IGM vorherrschende Annahme, daß nach den sieben Monaten auch wirklich eine erneute Lohnerhöhung **durchsetzbar** sei, da ja nach Auffassung der IGM die wirtschaftliche Lage in der BRD als durchaus normal zu bezeichnen sei (Krisensymptome wurden als Zweckpessimismus abgetan, wobei die Aufforderung von Gesamtmetall an ihre Mitgliedsfirmen, die Meldungen von Kurzarbeit, Arbeitslosen bzw. Entlassenen zu verstärken und die zu meldende Zahl offener Stellen zu reduzieren, in diese Linie paßte) oder aber, daß nach einer kurzfristigen nicht lange anhaltenden ‚Abkühlung‘ im Verlauf des Winters im Frühjahr ein erneuter Aufschwung zu erwarten sei mit guten Durchsetzungsmöglichkeiten von Lohnforderungen.

Eine solche Einschätzung kann sich auf nichts stützen als auf den bloßen Zweckoptimismus, den man allerdings braucht, um die Kollegen bei der Stange zu halten und ein Tarifverhandlungsergebnis zu „verkaufen“. Das grundsätzliche Eingehen auf die ‚gesamtwirtschaftlichen Belange‘, wie es am sichtbarsten in der Teilnahme an der konzertierten Aktion, dem Akzeptieren der Richtgrößen der Bundesregierung zum Ausdruck kommt, verunmöglicht es den Gewerkschaften, eine eigene Klassenposition selbst in den

ureigensten Bereichen gewerkschaftlicher Aktivität, den Tarifverhandlungen und -kämpfen, zu formulieren. Die Scheu, die Symptome der Krise ernst zu nehmen, ist nur der Ausdruck der Unfähigkeit, nicht nur im Kapitalismus um Lohnprozente zu verhandeln, sondern auch gegen das Kapitalverhältnis zu kämpfen. Denn in der Krise gibt es keine Verhandlungsmasse mehr, da muß der Kampf gegen das System wirklich ernst genommen werden.

16. Wenn also die Angabe von gesamtwirtschaftlich vertretbaren Lohnerhöhungen abzulehnen ist, woraus werden dann **quantitativ** auszuweisende Lohnforderungen hergeleitet? Bei der Begründung von „vertretbaren“ Lohnforderungen können nur folgende Daten zählen, wie sie in Baden-Württemberg vereinzelt propagiert worden sind: Die Preissteigerungen belaufen sich im Jahre 1971 auf rund 6 v. H. Infolge der Progression der Lohnsteuer ist bei Nominallohnsteigerungen der zu zahlende Steueranteil gestiegen, was bei einem 10 prozentigen Lohnzuwachs etwa 1 v. H. ausmacht. Die zum 1. Januar 1972 beschlossenen Verbrauchssteuererhöhungen müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Da der Lohn die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu ersetzen hat und diese von der Arbeitsleistung in der Produktion abhängig sind, müssen auch die Steigerungen der Produktivität hinzugerechnet werden, insbesondere dann, wenn sie – was die bürgerliche Statistik nicht aufzuschlüsseln vermag – auf Steigerungen der Arbeitsintensität, die ja zu verstärkten Verschleißerscheinungen führt, beruhen. Zwar ist die Produktivität langsamer gestiegen als in den Jahren unmittelbar nach der Rezession, aber ihr Anstieg ist immer noch beachtlich (1967 3,3 v. H.; 1968 7,3 v. H.; 1969 6,4 v. H.; 1970 4,1 v. H.; 1971 2,5 v. H.; nach JG 1971/72, S. 37). Hinzugerechnet werden die sich permanent verschlechternden Bedingungen der Umwelt (Zerstörung von Stadtvierteln, Privatisierung von landschaftlich schönen Gebieten, von Seeufern, unerträgliche Lärm- und Schmutzbelastung), da nun die Erholung von der Arbeit immer kostspieliger wird. Alle diese Faktoren zusammengenommen lassen eine Lohnforderung von 11 v. H., wie sie ursprünglich von der IGM vertreten wurde, als nicht zu hoch gegriffen erscheinen ⁷⁾.

Somit stehen sich die Lebensinteressen des Proletariats und die Profitinteressen des Kapitals unvereinbar gegenüber, was für den Kampf der Arbeiterklasse in der BRD und ihr Bewußtsein über das herrschende System neue Bedingungen setzt. Wenn sich die Interessen zweier Klassen unvereinbar gegenüberstehen, wird hinter dem scheinbar institutionalisierten und rationalen Interessenausgleich der Machtkampf der Klassen sichtbar.

⁷⁾ Mit diesen Ausführungen ist natürlich nichts gegen die **taktische** Verwendung von Zahlen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesagt. Man muß sie nur so verwenden, wie es der Verband der südbadischen Industrie in seinem Rundschreiben Nr. 9/1971, S. 5 zu tun gedenkt: „Die ‚Zahlen‘ sind Ausgangsbasis für die unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit. Sie sind **unbestechlich, handlich aufbereitet** und **zweckentsprechend ausgesucht**.“ Wenn die Gewerkschaften es genauso machen, warum sollten sie nicht, dann steht Zahl gegen Zahl, wie eben Recht gegen Recht steht.

Eine Lohnforderung von 11 Prozent mag also gesamtwirtschaftlich „nicht vertretbar“ sein, als Bedingung für die Reproduktion der Arbeitskraft ist sie es auf jeden Fall. — Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Verblendung dazu, Löhne nur als Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu begreifen und nur am Rande als Einkommen zur Reproduktion der Arbeitskraft von über 80 v. H. der westdeutschen Bevölkerung.

17. Daraus muß aber noch eine weitere Konsequenz gezogen werden. Erfolg oder Mißerfolg einer Tarifikampagne bestimmen sich nicht allein am endlich herausgehandelten bzw. offen erkämpften Ergebnis, das in Prozent und absoluten Beträgen meßbar ist. Man kann zwar rechnen, wie hoch die Lohnsteigerung sein muß, um die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft zu gewährleisten; aber diese Rechnung bleibt natürlich so lange Papier, wie sie real nicht durchgesetzt wird oder werden kann. Und entsprechend den Bedingungen der Kapitalakkumulation ist immer eine Phase im Zyklus denkbar, in der die Kampfkraft der Arbeiterklasse sehr groß sein kann, ohne daß eine entsprechende Lohnforderung auch ökonomisch und politisch **im Rahmen des Lohnsystems** durchsetzbar wäre, da sie vom Kapital tatsächlich nicht zu verkraften ist. Die dann stattfindenden Produktionseinschränkungen liegen zwar nicht in der Höhe der Lohnforderungen, wie die bürgerliche Presse der Arbeiterklasse immer weiszumachen versucht, sondern an den Gesetzen der Kapitalakkumulation als einer auf Auspressung von Mehrarbeit beruhenden Produktion, aber den Lohnforderungen setzen sie doch **innerhalb dieser Gesellschaft objektive** Grenzen, wie oben kurz ausgeführt wurde. Sie können nicht eine Obergrenze überschreiten, ohne daß „der Stachel des Gewinns abschläft“, und wenn die Profitrate des Kapitals sowieso schon im konjunkturellen Verlauf eine eindeutig abnehmende Tendenz aufweist, wie in der westdeutschen Metallindustrie am Ende des Booms im Jahre 1971, dann wirken Lohnerhöhungen in verstärktem Maße abschläffend. Man verstehe dies richtig: Damit wird auf gar keinen Fall gesagt, „Lohndisziplin“ würde die heraufziehende Krise verhindern und sichere Arbeitsplätze gewährleisten. Es wird nur betont, daß Lohnerhöhungen tatsächlich Konsequenzen fürs Kapital haben, die Konsequenzen aber den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse nicht beirren dürfen; vielmehr machen sie deutlich, daß der ökonomische Kampf innerhalb des kapitalistischen Systems auf objektive Grenzen stößt.

Aufgrund dieser Zusammenhänge kann den Gewerkschaften nicht vorgeworfen werden, sie würden die Arbeiter verraten, wenn sie sich in der Metalltarifrunde beispielsweise auf 7,5 v. H. einlassen. Bevor vorlaut „Verrat“ gebrüllt wird, müßte genauestens untersucht werden, welches überhaupt der ökonomische Spielraum für Lohnerhöhungen in einer konkreten Situation ist und wie weit die Kampfbereitschaft der Arbeiter entwickelt ist. Es hilft gar nichts, voluntaristisch und daher verantwortungslos Lohnforderungen aufzustellen und an der **Idee** einer Erhöhung das **wirkliche** Ergebnis zu messen. Es kommt vor, daß von einzelnen Gewerkschaftsspitzen tatsächlich Verrat begangen wurde, dann nämlich, wenn den Interessen der Arbeiter-



ROTER ★ KURS

Organ des
Kommunistischen
Studentenbundes (KSB)
Göttingen

Sondernummern:

- Nr. 1 u. 2. vergriffen / keine Neuauflage
- Nr. 3 ● Ergänzungen und Korrekturen zu den ersten beiden
Sondernummern des Roten Kurs
● Zur Politik an der Hochschule
● Zum antikapitalistischen Studium für Lehrerstudenten
● Zum antikapitalistischen Studium im Mathe-Physik-Bereich
(Diplomanden) (A 4, 35 Seiten, 1,- DM)
- Nr. 4 ● Resolution der Konferenz kommunistischer Studengruppen
in Göttingen v. 20./21. 11. 71 zum Kampf gegen das HRG
● Aktionseinheit zum HRG
● „... die Tür zu wirklichen umwälzenden Reformen öffnen“
Kritik des MSB-Programms zur HRG-Kampagne
● Schritt halten! Zur Kritik des KSV-Westberlin
● Der lange Marsch von SHB/SDS in den syndikalistischen
Sumpf (A 4, 35 Seiten, 1,50 DM)

Bestellung, an: „polibula“ 34 Göttingen, Weender Str. 78, Tel. 0551 - 59644

klasse bewußt entgegengehandelt wird. Aber das Verdikt vom „Verrat“ im Falle der Tarifbewegung in Nordwürttemberg-Nordbaden kann ebenso wenig ernst genommen werden, wie die ML-Gruppen, die damit hausieren gingen. Erstaunlich gerade im Verlauf dieser Tarifbewegung war ja, daß nicht nur die Streikfront stand, sondern auch die Aussperrungsfront. Würde das Kapital an Auftragsbeständen bersten, winkten profitliche Geschäfte, dann würde die Konkurrenz schon das ihrige tun, und die Aussperrungsfront aufweichen. Aber bei der sinkenden Kapazitätsauslastung der westdeutschen Industrie (Oktober 1971 87 v. H. wie in der ersten Hälfte des Jahres 1966), bei real zurückgehenden Auftragseingängen (- 3,5 v. H.), einer abnehmenden Tendenz der Umsätze (die Relation Auftragseingänge-Umsatz verringerte sich im September 1971 auf 93,3 v. H.), einer abnehmenden Industrieproduktion (- 1,7 v. H. im ersten und - 0,6 v. H. im zweiten Quartal), verschlechterten Exportmöglichkeiten durch Floating und Aufwertung war der Streik und dann die Aussperrung kein so großes Debakel für das Kapital, zumal erfahrungsgemäß am Ende des Streiks durch Sonderschichten usw. ein Teil der Streikverluste fürs Kapital wieder wettgemacht werden kann. Wenn die Situation so ist, dann liegt die Schlußfolgerung sehr nahe, daß auch mit einem längeren und militanter geführten Streik stärkere Lohn-

erhöhungen wohl kaum erreicht worden wären. Von „Verrat“ zu sprechen, zeugt also von der Unfähigkeit, die ökonomische und politische Situation richtig einzuschätzen – eine für eine politische Organisation tödliche Unfähigkeit.

18. Erfolg oder Mißerfolg einer Tarifikampagne muß daher an anderen Kriterien als dem erreichten Ausmaß der Lohnsteigerung gemessen werden, womit natürlich die Lohnerhöhung selbst nicht zur Bedeutungslosigkeit verdammt wird; es geht eher darum, ihren Stellenwert genauer zu bestimmen. Aus den bisherigen Ausführungen ist ersichtlich geworden, daß Lohnerhöhungen in Grenzen gebannt sind, die durch das Kapital gesetzt sind, innerhalb dieser Gesellschaft aber nicht überschritten werden können. Ein Erfolg auf dem ökonomischen Sektor würde dann zu verzeichnen sein, wenn dieser Spielraum voll ausgeschöpft wird und Lohnsteigerungen wirklich die Obergrenze erreichen, ohne daß es den Kapitalisten gelingt, sich aufgrund intensiver Ausbeutung in der Produktion schadlos zu halten. Aber selbst, wenn diese Grenze durch ökonomischen Kampf erreicht wird, ist dem Kapital selbst noch kein besonderer Schaden zugefügt worden. Befindet es sich noch in einem Wirtschaftsaufschwung, dann wird es viele Möglichkeiten entwickeln, um diese Grenze selbst flexibel zu gestalten, zum Teil auf Kosten der Arbeiter (Arbeitsintensivierung), zum Teil auf Kosten der (vor allem ausländischen) Konkurrenz. Ein Erfolg im ökonomischen Kampf liegt vielmehr dann vor, wenn er auch die Perspektive des politischen Kampfes, die keimförmig immer in ihm enthalten ist, eröffnet, wenn also nicht nur versucht wird, möglichst große Lohnsteigerungen herauszuschlagen, sondern wenn zugleich der Kampf gegen die vom Kapital gesetzten Grenzen, d. h. gegen das Lohnsystem selbst, aufgenommen wird. Dies kann nicht als eine der ökonomischen folgende politische „Etappe“ der Tariffbewegung bestimmt werden, sondern muß in den ökonomischen Kämpfen selbst angelegt sein. Dieses „Angelegtsein“ muß sich bereits in der Phase der Formulierung von Forderungen erweisen. Es ist witzlos, wenn politische Gruppierungen auf ihren Flugblättern „15 Prozent mehr Lohn und kein Prozent weniger“ oder „120 DM mehr und keine Mark weniger“ fordern, wenn nicht eine solche Forderung wirklich verallgemeinert ist. Der Prozeß der Formulierung von Lohnforderungen in den Betrieben, an dem die Arbeiter und Angestellten aktiv teilnehmen, allein kann in **richtigen** Forderungen, gleichgültig wie hoch im konkreten Fall die Zahl ist, resultieren. In diesem Prozeß muß deutlich werden, daß die Aufstellung von Lohnforderungen nichts mit „gesamtwirtschaftlichen Überlegungen“ zu tun hat, vielmehr aus einer richtigen Einschätzung der Lebensbedingungen der Arbeitskraft zu resultieren hat. Im Kampf um die Realisierung der Lohnforderungen wird sich dann herausstellen, wo die objektiven Grenzen für Lohnerhöhungen liegen. Der Erfolg einer Tarifikampagne bemißt sich dann nicht allein daran, wieviel Prozent mehr Lohn oder in absoluten Beträgen, wieviel mehr Mark in der Lohntüte herausgeholt worden sind, sondern auch daran, wie der Prozeß der Einsicht in die Bedingungen des Lohnsystems und der Notwendigkeit der Organisierung vorwärtsgetrieben worden ist. Jede scheinbar revolutionäre Forderung von 15 Prozent oder 120 DM mehr Lohn wird notwendig sektiererisch und belanglos.